Dieselöl Benzin
HEIZOELHAURI
Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Freitag, 8. Februar 2019 | Nr. 6 | 61. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

NEIN ZUR ZERSIEDELUNGSINITIATIVE

Teuer Wohnen statt verdichten? – Nein danke!

Die Zersiedelungsinitiative verlangt einen radikalen Baustopp: Alle Bauzonen sollen auf dem heutigen Stand eingefroren werden. Kein Land soll mehr eingezont werden dürfen, ausser es wird eine bereits eingezonte gleichwertige Parzelle ausgezont. Damit wollen junge, radikale Linke die Zersiedelung bekämpfen und die Landschaft schützen. Die übertriebene Initiative ist nicht nur unnötig, sondern auch gefährlich: Sie würde die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz gefährden und unter dem Strich sogar zu mehr Zersiedelung führen.

Gregor Rutz
Nationalrat
Vizepräsident SVP ZH
Zürich

Die Zersiedelungsinitiative, über welche wir am 10. Februar zu befinden haben, ist vor allem im Zusammenhang mit der kürzlich erfolgten Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) zu sehen. Bereits diese Vorlage sieht eine Verknappung des Baulands vor – was die Bodenpreise weiter anheizen wird. Zudem wurden mit dem RPG erste Schritte in Richtung Zentralisierung beschlossen, indem etliche Entscheide zur Raumplanung künftig in Bundesbern gefällt werden. Das neue RPG ist derzeit in Umsetzung. Nun mit einer zusätzlichen Initiative zu kommen, die noch extremer ist, macht keinen Sinn.

Initiative ist kontraproduktiv

Die Initiative schiesst am Ziel vorbei, da sie unter dem Strich sogar zu mehr Zersiedelung führen könnte. Während nämlich städtische Gebiete den grössten Teil des eingezonten Landes bereits überbaut haben, präsentiert sich das Bild in ländlichen Gebieten ganz anders. In peripheren Gegenden wurde oftmals (zu) grosszügig Land eingezont, welches noch kaum verbaut ist. Die Vermutung liegt nahe, dass genau solche Gebiete von der Zersiedelungsinitiative profitieren würden, indem dort überdurchschnittlich viele Bauprojekte realisiert werden könnten. Dies wiederum wäre genau nicht im Sinne der Initianten: Verdichtung bedeutet, dass eben eher in Genf, Zürich oder Basel gebaut werden soll – und nicht im Wallis oder im Bündnerland. Umgekehrt käme die Zersiedelungsinitiative für Kantone mit wenig Baulandreserven einem definitiven Bauzonen-Moratorium gleich.

Eine ganz andere Frage stellt sich für die Landwirtschaft: Wie kann in landwirtschaftlichen Zonen gebaut werden, so dass sich die Landwirtschaft auf gesunde Weise weiterentwickeln kann? Auch dies würde mit der Zersiedelungsinitiative faktisch verunmöglicht. Wer eine moderne, produzierende Landwirtschaft möchte, kann nur Nein stimmen zu dieser verfehlten Initiative.

Unnötiger Aktivismus

Die Schweizer sorgen sich – verständlicherweise – um ihr Land und um die schöne Landschaft. Dies haben verschiedene Abstimmungen zum Ausdruck gebracht – so etwa die Zweitwohnungsinitiative, die RPG-Revision oder die Abstimmungen zu Kulturlandinitiativen in den Kantonen Zürich, Bern oder Thurgau. Doch die Panik, welche die Initianten verbreiten, ist unnötig. Die Bauzonen sind in der Schweiz seit über fünf Jahren konstant. Die Initiative zeichnet hier ein völlig falsches Bild.

Untaugliches Mittel

Dass viele Leute kritisch auf die Zuwanderungsströme reagieren, ist ebenso verständlich. Die Prognosen hinsichtlich der Bevölkerungszunahme in den kommenden zwanzig Jahren können tatsächlich beunruhigen. Die Zersiedelungsinitiative ist kein taugliches Mittel, um die Zuwanderung zu bekämpfen: Wer etwas gegen die Einwanderung unternehmen möchte, muss dies im Rahmen der Migrationspolitik tun. Eine weitere Zentralisierung der Raumplanung jedoch ist gefährlich: Mit dem Abbau kantonaler und kommunaler Kompetenzen wird kein einziges Problem gelöst.

Wer den beschränkten Raum in der Schweiz auf kluge Art organisieren möchte, tut gut daran, die Zersiedelungsinitiative abzulehnen.

Die Zersiedelungsinitiative gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz und sorgt schlussendlich zu mehr Zersiedelung.

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

An die Urnen

Volksabstimmung vom 10. Februar 2019

Eidgenössische Vorlage

1. Volksinitiative vom 21. Oktober 2016 «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)»	NEIN

Kantonale Vorlagen

1. Hundegesetz (Änderung vom 28. Mai 2018; praktische Hundeausbildung)	JA
2. Wassergesetz (WsG)	JA

Deshalb braucht es ein Nein

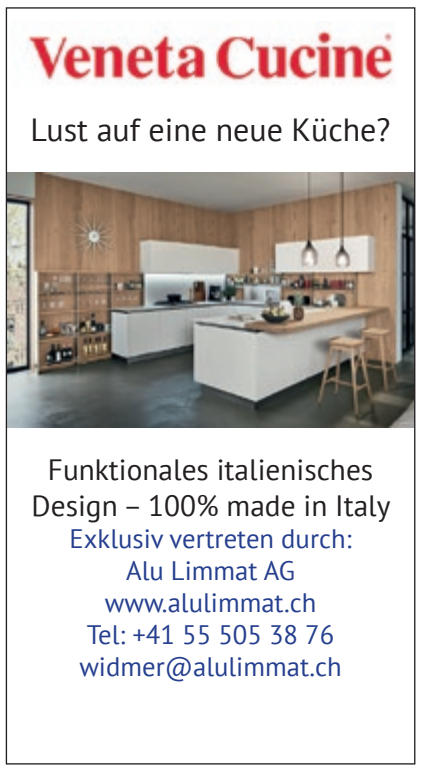
p. Die «Zersiedelungsinitiative», die an diesem Wochenende an die Urne kommt, verlangt die Einfrierung der Bauzonen. Das ist ein starker Eingriff in das föderalistische System, beschränkt die Handlungsspielräume der Kantone und hemmt die Entwicklung des Landes. Auch die Kantonsregierungen lehnen die Initiative aus diesen Gründen ab, zumal die Zersiedelung mit den Massnahmen der ersten Revisionsetappe des Raumplanungsgesetzes (RPG1) bereits wirksam bekämpft wird.

Die Initiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung» («Zersiedelungsinitiative») verlangt, dass die Bauzonen auf dem heutigen Stand eingefroren werden. Die Ausscheidung neuer Bauzonen soll nur noch zulässig sein, wenn eine gleich grosse Fläche ausgezont wird.

Die Kantone verlieren die für sie wichtigen Handlungsspielräume und ihre Flexibilität. Die Entwicklung sowie Ansiedlung von Unternehmen werden mangels Bauland erheblich erschwert. Weiter schränkt die Initiative die landwirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten ein.

Die Folge davon wäre eine deutliche Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Selbst für Bauten im öffentlichen Interesse wie Spitäler oder Schulhäuser wären Einzonungen nicht mehr zulässig, weil die unrealistischen Vorgaben zur gleichzeitigen Auszonung von Bauland kaum erfüllt werden können.

Die Initiative führt zu Stagnation und einem Mangel an Wohn- und Wirtschaftsraum. Die KMU ebenso wie Industrieunternehmen und landwirtschaftliche Betriebe riskieren ihre Tätigkeiten nicht mehr an ihren traditionellen Standorten ausweiten zu können. Die Initianten haben die wirtschaftlichen Folgen ihres Texts nicht berücksichtigt.



Liebe Leserinnen und Leser

Wissen Ihre Geschäftsfreunde und -partner, dass sie hier für nur 320 Franken beste Werbung für Ihre Produkte und Dienstleistungen machen können?

Danke, dass Sie ihnen diese Möglichkeit empfehlen.

Ihr Zürcher Bote

Inserate «Der Zürcher Bote»:
Marco Calzimiglia
ZBV, Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf
Telefon 044 217 77 39
inserate@zuercher-bote.ch

Christoph Mörgeli

Eine «regelrechte Wundertüte»

Die Nebel lichten sich. Der Bundesrat schreibt zum institutionellen Rahmenabkommen Schweiz-EU, unsere Behörden und Gerichte müssten nach Unterzeichnung «bei der Anwendung und Auslegung der betroffenen Abkommen die künftige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes in den einschlägigen Bereichen zwingend berücksichtigen». Das ist für Volk und Parlament als Gesetzgeber keine Frohbotschaft. Vorbei wären die Zeiten, als National- und Ständerat nicht genehme Bundesgerichtsentscheide durch Gesetzesänderungen korrigieren konnten. Der geplante Rahmenvertrag nimmt dem Souverän wie den Volksvertretern jede Macht gegenüber neuen Urteilen des Europäischen Gerichtshofes. Der nationale Kontrollverlust wäre total, die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit vernichtet.

Im Auftrag der Kantonsregierungen hat die Anwaltskanzlei Steptoe & Johnson die Folgen des Verbots staatlicher Beihilfen untersucht. Sie spricht von einer stetigen Ausweitung dieser Verbote durch die EU, ja von einer «regelrechten Wundertüte». Eine «zukünftige extensive Auslegung des Verbots» könne «unter diesen Umständen nicht ausgeschlossen werden». Auch sei nicht nur der Bund betroffen: «Vielmehr ist das Beihilfeverbot geeignet, alle Stufen des Staates zu durchdringen, bis hin zu den Gemeinden und den öffentlichen Anstalten und Unternehmen.»

Unser Schweizer Recht kennt kein grundsätzliches Verbot staatlicher Beihilfen. Wir erlauben die Wirtschaftsförderung, Steuererleichterungen für Unternehmen oder Kantonalbanken. Die EU hat unter dem Label «Verbotene Beihilfe» schon beispielsweise folgende Institutionen gejagt: einen Profi-Sportverein, ein öffentliches Spital, eine Jugendherberge, einen Alpinverein und ein Schwimm- und Thermalbad.

Die Grünen dürften sich noch wundern, wenn Brüssel die Unterstützung von Photovoltaikanlagen und Windturbinen oder von Umweltschutzbeihilfen verbietet. Die Linken werden toben, wenn die EU regionale Stadtentwicklungsprojekte, die Ausbildungsfinanzierung von Arbeitnehmern oder die Förderung der Einstellung Behinderter oder Älterer zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt untersagt. Die Kulturschickeria wird aufschreien, wenn Kunst- und Kulturzentren, Theater, Opern- und Konzerthäuser oder Institutionen des Filmerbes ausgetrocknet werden. Brüssel spielt verrückt. Bald zeigt sich's, ob wir mitspielen.

INSTITUTIONELLES ABKOMMEN

Economiesuisse hat den Kopf verloren

Es war nicht anders zu erwarten: Die Economiesuisse unterstützt das Institutionelle Abkommen (InstA) mit der Europäischen Union gemäss dem vom Bundesrat vorgelegten Entwurf. Es gehe schliesslich um die «Weiterentwicklung des bilateralen Weges». Mit dieser Wortwahl nimmt der Dachverband der Schweizer Wirtschaft entweder die EU oder unsere Bevölkerung oder alle beide nicht ernst. Denn die EU hält seit 2010 unmissverständlich fest, dass der bilaterale Weg zu Ende sei, dass Brüssel nicht daran denke, diesen fortzusetzen.

Thomas Matter
Nationalrat SVP
Meilen

Das heute vorliegende InstA, wie der Rahmenvertrag neu heisst, bedeutet das klare Ende des bilateralen Weges zwischen Gleichberechtigten. Er zwingt die Schweiz, künftiges EU-Recht bei den Bilateralen I und sämtlichen neu ausgehandelten Verträgen zu übernehmen, die Urteile des EU-Gerichts zu akzeptieren und regelmässige Zahlungen zu leisten.

Falls sich das Volk bei der Rechtsübernahme querstellen sollte, drohen Strafmassnahmen. Guillotineklauseln binden die Verträge so zusammen, dass der Schweizer Souverän nicht nur jene Regeln übernehmen kann, die Volk und Land dienen. Damit verkommt die direkte Demokratie zur Farce, mit unserer Unabhängigkeit und Selbstbestimmung wäre Schluss.

EU will die flankierenden Massnahmen abschaffen

Die Economiesuisse-Spitze irrt, wenn sie behauptet, der vorliegende Entwurf garantiere die bestehenden Marktzugangsabkommen. Wahr ist vielmehr, dass sogar der gültige Freihandelsvertrag zur Disposition gestellt und neu auf Grundlage des Rahmenvertrags ausgehandelt werden soll. Höchst naiv ist auch die Auffassung, es würden bei der Personenfreizügigkeit – entgegen dem geltenden EU-Recht – auf Dauer flankierende Massnahmen garantiert. Genau diese flankierenden Massnahmen will die EU nämlich abschaffen.

Wenn sie heute bei gewissen Ausnahmen noch ein Auge zudrückt, wird sie das morgen gewiss nicht mehr tun. Die EU hat seinerzeit diese Ausnahmen bei den Volksabstimmungen über die Personenfreizügigkeit nur vorübergehend geschluckt, um sie später als absolut unverträglich zu erklären.

Ausweisung von kriminellen Ausländern wäre künftig faktisch unmöglich

«Die Rechtssicherheit wird verbessert», erklären uns die Verantwortlichen von Economiesuisse. Diese Behauptung ist abstrus angesichts des Umstands, dass der Rahmenvertrag der EU erlauben wird, das Vertragspaket der Bilateralen I jederzeit von sich aus zu verändern, worauf die Schweiz die Änderungen dynamisch, das heisst im Grunde automatisch, übernehmen muss. Es ist überaus blauäugig, bei den angeblich noch «unklaren» Inhalten des Institutionellen Abkommens einfach auf eine rasche Klärung zu hoffen.

Schon heute lässt sich absehen, dass die verlangte Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie schwerste Auswirkungen auf unsere Sozialwerke und die politischen Mitbestimmungsrechte von Ausländern hätte. Zudem wäre die Ausweisung von kriminellen Ausländern faktisch unmöglich. Weiter würde das Verbot staatlicher Beihilfen ein folgenschwerer Eingriff in den kantonalen Föderalismus und letztlich ein Verbot der Staatsgarantie für unsere Kantonalbanken und der öffentlich mitgetragenen Kraftwerke bedeuten.

Schlicht abenteuerlich wird es, wenn das Abkommen sogar den Freihandelsvertrag von 1972 «modernisieren» und damit der einseitigen Vorherrschaft der EU unterstellen will. Wir Schweizerinnen und Schweizer werden noch erleben, dass uns Brüssel aus Gründen des Binnenmarktzugangs eine Verdoppelung der Mehrwertsteuer vorschreibt. Langfristig dürften die Kosten dieses Vertrags weit höher sein als der bezifferbare Nutzen.

Die Economiesuisse setzt jedoch lieber auf kurzfristige Profite als auf staatspolitische Verantwortung. Offenbar sind ihr unsere Staatssäulen Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Föderalismus und Neutralität, denen allein wir unsere Prosperität, Freiheit und Lebensqualität verdanken, nicht mehr wichtig.

ASYLSTATISTIK DES BUNDES

Auch 15 000 Gesuche von Wirtschaftsmigranten sind zu viel!

Mit der kürzlich publizierten Asylstatistik will der Bund einmal mehr den Anschein erwecken, die Asylproblematik habe sich entschärft. Die SVP widerspricht entschieden: Auch 15 255 Asylgesuche sind viel zu viele. Dies zumal es sich in der Mehrheit der Fälle nicht um Flüchtlinge handelt.

svp. Wie das Staatssekretariat für Migration in der Jahresstatistik 2018 vermeldet, kamen letztes Jahr insgesamt 15 255 Asylbewerber in die Schweiz. Dies seien 15,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Das mag zwar korrekt sein. Tatsache ist aber, dass der Bestand an Personen im Asylbereich stetig steigt. Inzwischen leben über 123 000 Personen in der Schweiz – das sind 1977 mehr als 2017. Zudem: Die Zahl der vorläufig Aufgenommenen hat sich seit 2010, dem Jahr von Bundesrätin Simonetta Sommarugas Amtsantritt, auf rund 46 000 Personen verdoppelt. Für die SVP kommen aus drei Gründen noch immer zu viele Asylanten in die Schweiz und können hier bleiben. Erstens handelt es sich bei den meisten von ihnen nicht um Flüchtlinge, sondern um Wirtschaftsmigranten auf der Suche nach einem angenehmeren Leben. Dies lässt sich auch daran ablesen, dass der Bund in nur rund 26 Prozent der Fälle Asyl gewährt.

Unter dem Strich wandern jährlich 80 000 Personen ein

Zweitens sind über 15 000 neue Gesuche auch deshalb zu viele, weil der Bundesrat seit 2015 und unter der Federführung der damaligen Asylministerin Simonetta Sommaruga entschieden hatte, an sogenannten Resettlement- und Relocation-Programmen teilzunehmen. In diesem Rahmen werden nun über die Jahre verteilt einige Tausend Flüchtlinge direkt eingeflogen. Auch funktioniert das Dublin-System zum Nachteil der Schweiz: Deutschland schiebt immer mehr Dublin-Migranten in die Schweiz ab.

Hinzu kommt noch eine jährliche Zuwanderung via Personenfreizügigkeit von 40 000 Personen. Aus Drittstaaten wandern jedes Jahr Zehntausende Personen ein. Laut den aktuellsten Zahlen des SEM waren es bis November 2018 rund 23 000 Personen. Unter dem Strich kommen also fast 80 000 zusätzliche Migranten pro Jahr. Menschen, die eine Wohnung benötigen, die Strassen und Verkehrsmittel benutzen und die Kosten bei der Bildung, im Gesundheits- und Sozialwesen sowie bei der Sicherheit verursachen.

Die Mehrheit im Asylbereich lebt von der Sozialhilfe

Drittens lebt die überwiegende Mehrheit der über die Asylschiene Zugewanderten von der Sozialhilfe, also von den Schweizer Steuerzahlern. Laut der Statistik des Bundes betrug die Erwerbsquote bei den vorläufig Aufgenommenen rund 37 Prozent, bei den anerkannten Flüchtlingen war sie mit 31 Prozent sogar noch tiefer. Also nur vier, respektive drei von zehn Personen arbeiten. Allerdings täuscht der Begriff «erwerbstätig».

Denn viele der Asylanten, die einer Beschäftigung nachgehen – beispielsweise in einem staatlichen Integrationsprogramm –, sind nicht in der Lage, sich und ihre oft kinderreiche Familie zu ernähren. Sie sind oft jahrelang von der Sozialhilfe abhängig und benötigen im Pensionsalter Ergänzungsleistungen. Ein Zustand, der in den nächsten Jahren immer mehr Gemeinden in finanzielle Bedrängnis bringen wird.

Aufnahmestopp und konsequente Rückführungen

Aus diesen Gründen fordert die SVP eine Senkung der Asylzahlen, indem die Schweiz ihre Teilnahme an den Resettlement- und Relocationprogrammen unverzüglich stoppt. Auch müssen vorläufig Aufgenommene, die aus sicheren Drittstaaten stammen, konsequent zurück geführt werden.

SOMMARUGAS ASYLPOLITIK

Voreiliger Jubel über das «Elf-Jahres-Tief»

Die Medien jubeln über die «erfolgreiche Asylpolitik» von Frau Sommaruga: «Nur» 15 255 neue Gesuche im Jahr 2018 – der tiefste Stand seit 11 Jahren! Die Realität zeigt jedoch ein anderes Bild: Die Zahl der «Personen des Asylbereichs» ist auf 123 379 angestiegen – davon wurden rund 47 000 «vorläufig» aufgenommen.

Hans Fehr
Alt Nationalrat SVP
Eglisau

Obwohl ihr Gesuch abgelehnt wurde, bleiben sie hier, weil ihre Rückführung angeblich nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar ist. Rund 19 000 Gesuchsteller erhielten im Jahr 2018 ein Bleiberecht. Dem stehen nur 15 000 «Abgänge», davon 5400 «unkontrollierte», gegenüber. Eine krasse Negativ-Bilanz.

Die meisten Gesuche, 2825 im vergangenen Jahr, stammen immer noch von jungen Eritreern, obwohl fast alle – weil nicht an Leib und Leben bedroht – gemäss Genfer Konvention keine Flüchtlinge sind. Dennoch wurden im vergangenen Jahr 59 Prozent als Flüchtlinge anerkannt, und fast 20 Prozent wurden «vorläufig» aufgenommen. Die Konsequenz: Die Asylkosten gehen in die Milliarden und belasten immer mehr Gemeinden.

Italien greift durch

Im Übrigen hat der momentane Rückgang der Gesuche nichts mit der «erfolgreichen» Asylpolitik von Bundesrätin Sommaruga zu tun. Er ist die Folge der italienischen Abhaltepolitik, welche die «Mittelmeerroute» weitgehend unterbunden hat. Die Völkerwanderung wird jedoch wieder anschwellen, sobald die Schlepper neue Wege finden. Die Bevölkerung Afrikas nimmt alle 12 Tage um eine Million zu, und die Schweiz bleibt für Asylsuchende sehr attraktiv. Darum müssen wir uns auf die Hilfe vor Ort konzentrieren, die Grenzkontrollen verschärfen, mit Eritrea ein Rückübernahmeabkommen abschliessen und die «Botschaft» nach aussen senden: «In der Schweiz kann nur bleiben, wer an Leib und Leben bedroht ist!» Die neue Asylverantwortliche, Bundesrätin Keller-Sutter, muss nun, nach vielen Vorschusslorbeeren, den Tatbeweis erbringen.

EIDGENÖSSISCHE WAHLEN 2019

Die Ständeratsnomination ist lanciert

rs. Am 20. Oktober 2019 finden die Ständeratswahlen statt. Die SVP wird als wählerstärkste Partei zu diesen Wahlen antreten, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die beiden bisherigen Zürcher Ständeräte erklärte EU-Befürworter sind und damit den bürgerlichen Kanton Zürich nicht repräsentativ vertreten. Die Parteileitung hat eine Findungskommission unter der Leitung von Alt Nationalrat Max Binder eingesetzt, welche die Nomination zuhanden der Parteigremien vorbereitet.

Potenzielle Kandidaten melden

Am 14. Dezember 2018 wurden die Bezirksparteien eingeladen, potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten bis zum 31. Januar 2019 der Findungskommission zu melden. Dabei galt wie bei allen Findungsprozessen der SVP der Grundsatz, dass es den Kandidatinnen und Kandidaten freigestellt ist, ihre Bewerbung öffentlich zu kommunizieren oder auf vertraulicher Basis einzureichen.

Das letzte Wort haben die Delegierten

Die Findungskommission hingegen wahrt bei ihren Arbeiten Stillschweigen. Sie prüft nun die eingegangenen Dossiers und führt mit den Kandidatinnen und Kandidaten Hearings durch. Im März 2019 stellt die Findungskommission einen Nominationsantrag an das Büro der Parteileitung. Die Findungskommission wird auch eine Empfehlung bezüglich Wahlstrategie abgeben. Das Büro der Parteileitung verabschiedet aufgrund dessen einen Antrag zuhanden des Kantonalvorstands. Das letzte Wort haben die Delegierten, welche an ihrer Versammlung vom 2. April 2019 die definitive Nomination für die Ständeratswahlen 2019 vornehmen.

AUS DEM KANTONSRAT

Projekt Rosengarten vom Kantonsrat unterstützt

Am letzten Montag wurde über den Erlass eines Spezialgesetzes und der Bewilligung eines Rahmenkredits für das Projekt Rosengartentram und Rosengartentunnel im Kantonsrat debattiert. Dass diese Vorlage bewegt, zeigt die lange Rednerliste (gegen 30 Redner) wie auch die vollen Ränge auf den Medienplätzen.

Pierre Dalcher
Kantonsrat SVP
Schlieren

Seit bald 50 Jahren führt die vierspurige Rosengartenstrasse quer durch das Quartier. Klar und offensichtlich ist, dass die Rosengartenstrasse keinen Beitrag an quartierfördernde Lebensqualität beisteuert. Diese Strasse durchquert das Quartier, fördert Immissionen, vor allem in Form von Lärm.

Lebensnotwendiger Verkehrsweg

Weitere Tatsache ist, dass diese Strasse eine enorme Bedeutung für dieses Quartier hat. Täglich bewegen sich über diesen berühmten Strassenabschnitt 3,3-mal mehr Fahrzeuge als über die Gotthardroute. Aber gerade nur 6 bis 7 Prozent dieser Fahrzeugmasse konnte man als Durchgangsverkehr eruieren. Der Rest ist dem Ziel-/Quellverkehr geschuldet, laut Vorlage zwischen Zürich Nord und Zürich West wie auch das Glatttal und das Limmattal. Mit anderen Worten, der grosse Teil dieses MIV-Verkehrs ist ein innerstädtisches MIV-Problem. Wenn verwundert dies, leben in diesem besagten Gebiet ca. 320 000 Einwohner und bietet es gleichzeitig 284 000 Arbeitsplätze.

Mit diesem Hintergrund ist es für die SVP klar, dass die Kapazität dieser Achse mindestens erhalten bleiben muss. Dieser Verkehrsweg für den MIV ist lebensnotwendig für eine optimale Versorgung und optimalen Unterhalt der Wohnbevölkerung, wie auch die Basis für die Erschliessung von Arbeitsplätzen, notabene für kurze Arbeitswege. Seit der Eröffnung der Westumfahrung im November 2009 hat die Reduktion der Verkehrsdichte für die Bewohner leider nur 14 000 Fahrten betragen.

Mehr Sicherheit

Zur Vorlage: Die SVP-Fraktion hat sich bereits in der Vernehmlassung vom Juli 2016 kritisch zum Abschnitt Bucheggplatz–Hirschwiesenstrasse geäussert. Die Mehrheit der Kommission Planung und Bau unterstützt unsere Gedankengänge, dass eine dritte Spur im Tunnel eine erhöhte Sicherheit ermöglicht und gleichzeitig mehr Flexibilität und Raum bei Rettungsmassnahmen oder Unterhalts- und Sanierungsarbeiten bringt. Mit dieser dritten Spur im Tunnel kann der Durchfluss des Verkehrs aufrechterhalten bleiben und die Quartierbevölkerung kommt in den Genuss von Ruhe, da Schleichverkehr vermieden wird. Mit dieser Massnahme wird der Sicherheitslevel auf eine ähnliche Stufe gestellt, wie im Abschnitt des eigentlichen Rosengartentunnels. Die linke Ratsseite sieht in dieser zusätzlichen dritten Spur im Tunnel natürlich sofort einen Kapazitätsausbau.

Aufwertung des Quartiers

Die jetzige Wissenslage über das Projekt basiert immer noch auf der Projektierungsphase. Bei einer Zustimmung zu diesem Spezialgesetz könnten die nächsten Planungsschritte in Angriff genommen werden. Wir erinnern, auch bei der Vorlage zum Hochschulquartier gab es in der Projektierungsphase viel Kritik. Heute applaudieren die meisten Kritiker den erarbeiteten Plänen. Plakative Falschaussagen wurden von der Länge des Tunnels (600 oder 700 m) und die damit verbunden Baukostenrechnungen auf einen Meter abgegeben. Zur Klarheit: die gesamte Tunnellänge von Wipkingerplatz bis Hirschwiese beträgt 2,3 km. Weitere 2 km oberirdische Länge kommen vom Albisriederplatz bis zum Wipkinkerplatz dazu. Diese Strecke gehört auch zum Projekt, somit beträgt die gesamte Projektlänge 4,3 km.

Würde dieses Projekt umgesetzt, könnte die Quartierbevölkerung um den Rosengarten in eine neue Zukunft blicken. Die Immissionen aller Art werden zukünftig viel geringer sein. Dies wäre eine enorme Lebensqualitätssteigerung für die Bevölkerung, denn das Quartier könnte zusätzlich wieder zusammenwachsen.

Volk entscheidet abschliessend

Obwohl mit dem Bau dieser Tunnelanlage grosse Vorteile für die Quartierbevölkerung erreicht werden können, sind die Kosten für dieses Projekt gigantisch. Die Volkswirtschaftsdirektion rechnet mit Kosten gegen 1,1 Milliarden Franken. Auch in der SVP-Fraktion haben diese Kosten zu grossen Diskussionen geführt. Daher ist die SVP dezidiert der Meinung, dass diese Kosten-Nutzen-Frage in dieser Dimensionsgrösse eingehend öffentlich diskutiert werden soll. Um diese Diskussion vor dem Volk überhaupt zu ermöglichen, muss der Kantonsrat diese Vorlage zuerst einmal unterstützen. Dank der SVP wird dies möglich werden. Mit dem Resultat 106 Ja gegen 61 Nein mit 2 Enthaltungen erhält die Vorlage die notwendige Unterstützung.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Kein Erfolg für Lotteriefonds-Postulat

Ueli Bamert
Kantonsrat SVP
Zürich

Mit einem dringlichen Postulat wollten die Kantonsräte Ueli Bamert, Jürg Sulser und Konrad Langhart erreichen, dass das Geld im kantonalen Lotteriefonds nur noch für Projekte im Kanton Zürich verwendet werden darf. Leider hatte der Kantonsrat am vergangenen Montag kein Gehör für dieses vernünftige Anliegen.

Entwicklungshilfe ist bekanntlich Sache des Bundes und dieser gibt rund 0,4 Prozent des Bruttosozialproduktes für Projekte im Ausland aus. Das sind, in absoluten Zahlen, über 3 Milliarden Franken pro Jahr.

Vor dem Hintergrund dieser beeindruckenden Zahlen erscheint es geradezu absurd, dass aus dem bescheidenen Topf des Zürcher Lotteriefonds – wir sprechen hier von rund 60 Millionen Franken pro Jahr – zusätzliches Geld an ausländische Projekte vergeben wird. Insbesondere wenn man bedenkt, dass es sehr aufwendig ist und viel Expertenwissen benötigt, in weit entfernten Ländern potenziell unterstützenswerte Projekte zu identifizieren und zu überprüfen. Diese Aufgabe sollte den zuständigen Bundesbehörden überlassen werden.

Auch der Einsatz von Lotteriefonds-Geldern in anderen Kantonen – Hilfe nach Natur- und Unwetterkatastrophen ausgenommen – ist nicht angebracht: Heute dürfen ausserkantonale Projekte nur unterstützt werden, wenn diese «einen engen inhaltlichen Bezug zum Kanton Zürich» aufweisen oder ihnen «nationale Bedeutung» zukommt. Diese Formulierung lässt einen allzu grossen Interpretationsspielraum offen. Ausserdem werden die Gewinne der Landeslotterie heute auf alle Kantone verteilt; es ist daher kaum verständlich, weshalb überhaupt Projekte in anderen Kantonen finanziert werden. Für uns steht fest: Zürcher Lotteriefondsgelder gehören den Zürcherinnen und Zürchern und sollten daher auch ausschliesslich Projekten im Kanton Zürich zukommen.

Leider haben weder der Regierungsrat noch der Kantonsrat Gehör für dieses vernünftige und eigentlich selbstverständliche Anliegen gezeigt: Offenbar sollen die Zürcherinnen und Zürcher auch weiterhin gefälligst grosszügig sein und ihr Geld mit der halben Welt teilen. Die SVP-Fraktion wird nun versuchen, diesem wichtigen Anliegen in der bevorstehenden Ausarbeitung des kantonalen Lotteriefonds-Gesetzes zum Durchbruch zu verhelfen. Wir bleiben dran!

ARBEITSLOSIGKEIT IM ALTER

Bessere Chancen für Ü-50-Jährige

Die SVP verlangt mit einem dringlichen Postulat, dass mindestens sieben Prozent der jährlich im Lotteriefonds zur Verfügung stehenden Mittel zweckgebunden im Kanton Zürich für Projekte und Massnahmen zur gezielten Wiedereingliederung von über 50-jährigen Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt eingesetzt werden.

Jürg Sulser
Kantonsrat SVP
Otelfingen

Die über fünfzigjährigen Schweizer, die ihre Arbeitsstelle verlieren, haben grösste Mühe, sich wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren. Sie werden zunehmend verdrängt durch jüngere und billigere Arbeitskräfte. Auch seien die «Ü-50» wegen der Sozialabgaben zu teuer – mit solchen und ähnlichen Argumenten wird ohne zu überlegen aus der Hüfte geschossen. Wenn aber ein über 50-Jähriger ausgesteuert ist und sich beim Sozialamt melden muss, wird er erst recht unbezahlbar. Dabei sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über 50 Jahre nachweislich erfahrener und weniger krank. Es liegt also nicht nur an den über Fünfzigjährigen, sondern an den gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie an denen des Arbeitsmarktes, dass sie möglichst rasch wieder im Arbeitsprozess integriert sind. Hier sehen wir unmittelbaren Handlungsbedarf, der durch die Zurückweisung des Regierungsrates nicht wieder verzögert werden darf.

Bisherige Massnahmen reichen bei Weitem nicht aus

Gemäss SECO-Statistik dauert die Stellensuche eines über 50-jährigen Arbeitslosen eineinhalbmal länger als im gesamtschweizerischen Durchschnitt und gar mehr als doppelt so lang wie diejenige der Generation der 15- bis 24-Jährigen. Gemäss SECO ist die Gruppe der älteren Arbeitslosen ausserdem deutlich überproportional von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen und dieser Trend wird sich verschärfen, wenn nichts dagegen unternommen wird. Es gibt Massnahmen des Bundes und des Kantons (SECO und AWA), die mit Geldern der ALV etwas für die möglichst schnelle Integration von älteren, arbeitslosen Fach- und Führungskräften tun, aber diese reichen bei Weitem nicht aus. Es müssen zusätzliche Massnahmen und Programme geschaffen werden. Die Begleitung von Personen sei hier genannt, sog. Outplacements, desweiteren Mentoringprogramme, gezielte Coachings und vieles mehr. Der Lotteriefonds, dessen Mittel gemäss Gesetz ausschliesslich für «wohltätige und gemeinnützige Zwecke» gebraucht werden dürfen, drängt sich als Quelle zur Finanzierung solcher Projekte geradezu auf. Da der Lotteriefonds nicht aus Steuergeldern gespeist wird, würden weder der Staatshaushalt noch der Steuerzahler zusätzlich belastet und es fände keine Umverteilung statt.

Mindestanteil aus dem Lotteriefonds gefordert

Der Regierungsrat wird daher erneut aufgefordert, dass mindestens sieben Prozent der jährlich im Lotteriefonds zur Verfügung stehenden Mittel zweckgebunden für Projekte und Massnahmen zur gezielten Wiedereingliederung von über 50-jährigen Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt im Kanton Zürich eingesetzt werden. Dieser geforderte Mindestanteil von sieben Prozent soll den über fünfzigjährigen Schweizerinnen und Schweizern zugutekommen, die ihr Leben lang in ihren jeweiligen Arbeitsstellen dazu beigetragen haben, dass es dem Kanton Zürich so gut geht. Diese sollen nicht ausgesteuert und ein Fall für die Sozialhilfe werden, sondern sollten ihr Wissen und ihre Erfahrung wieder in den Arbeitsprozess einbringen können. Wir sind überzeugt, dass es sich bei dieser Forderung um ein vernünftiges und mehrheitsfähiges Anliegen handelt. Der Regierungsrat hat es daher auch in seiner Antwort nicht explizit abgelehnt, sondern auf die derzeit laufende Ausarbeitung eines kantonalen Lotteriefonds-Gesetzes verwiesen und versprochen, dass sich die vorberatende Kommission damit auseinandersetzen wird. Dies ist uns aber nicht konkret genug, und vor allem nicht genügend zeitnah. Wir fordern daher, dass dieses dringliche Postulat jetzt, zu diesem Zeitpunkt, in die laufende Gesetzgebung einfliesst.

KURT EGLOFF – POLITISCH ENGAGIERT ZUM WOHL DER BEVÖLKERUNG

Im Gedenken an eine beliebte Persönlichkeit

Mitte Januar erreichte uns die traurige Nachricht, dass Kurt Egloff einen Tag vor seinem 87. Geburtstag verstorben ist. Kurt Egloff war ein aktiver und verlässlicher Vertreter des bürgerlichen Gedankenguts der SVP.

Kurt Egloff war ein Mann des öffentlichen Lebens, als Politiker gewann er mit seiner offenen und geselligen Art immer wieder die Unterstützung von Wählerinnen und Wählern. Er nahm auch nach seiner aktiven Zeit lange mit Interesse am Geschehen der Zürcher Politik und der Partei teil.

Gemeinderat, Bezirksrat, Kantonsrat

Beruflich absolvierte Kurt Egloff als erstes eine Lehre in der Vermögensverwaltung. Bald kam er persönlich in Berührung mit dem Lehrerberuf. Diese Tätigkeit beeindruckte und faszinierte ihn so sehr, dass er die Umschulung zum Primarlehrer absolvierte. In der kleinen Gemeinde Aesch bei Birmensdorf fand er seine erste Stelle als Primarlehrer. Und dort begann auch seine politische Laufbahn, wo der kommunikationsfreudige Dorflehrer schon bald zum Gemeindepräsidenten gewählt wurde. Nach sieben Jahren im Amt führte der politische Weg Stufe um Stufe nach oben, zuerst zum Bezirksrat und dann zum Kantonsrat. Etwa zur gleichen Zeit beschloss Kurt Egloff, sich beruflich neu auszurichten. Er gab den Lehrerberuf auf und wurde Sekretär des Gewerbeverbands des Kantons Zürich.

Stadtrat von Zürich

Im Jahr 1982 – inzwischen wohnhaft in der Stadt Zürich – schaffte Kurt Egloff die Wahl in den Zürcher Stadtrat. Als ausgebildeter Lehrer wurde er Vorsteher des Schul- und Sportdepartements, denn ihm war die Förderung der Jugend ein grosses Anliegen. Er setzte sich für ein modernes Schulsystem ein, die Kinder sollten vielfältig gefördert werden. In der Amtszeit von Kurt Egloff machten sich die Zürcher Schulen mit Computerkursen, Schülerclubs, Umwelterziehung, aber auch mit der musischen Erziehung und der Drogen- und Suchtprophylaxe im Unterricht einen Namen als Pionier. Dank seinem engagierten Einsatz für die Bildung der Jugend und den Sport hat sich Kurt Egloff grosse Anerkennung erworben.

Kurt Egloff anlässlich eines Besuches zu seinem 85. Geburtstag.

Aktives Alter

1990 trat Kurt Egloff im Alter von 60 Jahren nicht mehr zur Wahl als Stadtrat an. Allerdings nicht etwa, um sich zur Ruhe zu setzen. Er gründete eine eigene Firma, mit der er sich der Sponsoring-Tätigkeit widmete. Der Einsatz für die Politik liess ihn aber auch dann nicht los und er stand der Partei immer wieder mit Rat und Tat zur Seite durch sein aktives Mitmachen in parteiinternen Gremien.

Im Jahr 1999 wurde der Verein «Für aktive Senioren» gegründet, der sich bis heute aktiv um Themen und Fragen rund ums Alter kümmert. Kurt Egloff gehörte zu den Gründungsmitgliedern und selbstverständlich durfte der Verein auch auf seine Mitwirkung zählen, indem er sein reichhaltiges Wissen und seine politische Erfahrung zur Verfügung stellte.

Als sich der Kanton Zürich an die Aufgabe machte, seine Verfassung zu reformieren, wurde am 18. Juni 2000 ein Verfassungsrat mit 100 Mitgliedern gemäss Parteienproporz gewählt. Kurt Egloff arbeitete in diesem Gremium für die SVP an der neuen Zürcher Kantonsverfassung mit. Der Rat beendete seine Tätigkeit nach 63 Sitzungen im Jahr 2004. Die SVP der Stadt Zürich ist Kurt Egloff zu grossem Dank verpflichtet. Er setzte viel Zeit seines Lebens für die aktive Unterstützung unserer Partei und die bürgerliche Politik ein. Mit seiner neugierigen, zielstrebigen und umgänglichen Art hat er sich vorbildlich für die Öffentlichkeit und das Wohl der Bevölkerung eingesetzt. Vielen in der Partei war er freundschaftlich verbunden und er hinterlässt dadurch bleibende, positive Erinnerungen. Aus Dankbarkeit werden wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Bruno Sidler, Parteisekretär SVP

SVP DIETIKON WENDET SICH DIREKT AN JUGENDLICHE

Zäme Zämestah – Aktion der Jungen

Letzte Woche organisierten die Jungen (Frauen und Männer) den Anlass «Zäme Zämestah Limmattal». Unter dem Motto, wir wollen mitdiskutieren und unsere Meinung kundtun, kamen zahlreiche junge Teilnehmer. Kantonsrat und Parteipräsident der SVP-Sektion Dietikon, Rochus Burtscher, wie auch Vizepräsident Ralph Hofer konnten mit einem kurzen Inputreferat aufzeigen, weshalb sie die Aktion begrüssen. Der Apéro wurde durch die SVP Sektion Dietikon offeriert.

svp. Rochus Burtscher, Mitglied der Bezirksparteileitung der SVP Bezirk Dietikon, begrüsste die Anwesenden und freute sich über deren rege Initiative. Er war begeistert, dass sich die Jungen einbringen und so ihre eigene Meinung bilden.

Der Anlass ist definitiv keine Eintagsfliege, wie er sich von den Organisatoren versichern liess. Sie sind bereits am Planen der nächsten Veranstaltung, die am 16. März stattfinden soll. Ralph Hofer, Vizepräsident der Sektion Dietikon, doppelte nach und ist gewillt, selbst Hand anzulegen, um diese Bewegung zu stärken und weiter auszubauen. Wir freuen uns über die nächsten Anlässe.

Organisations-Team Olivier Chanson, Sandro Strässle, Jennifer Fischer und Luciano Gianola.

SVP DES BEZIRKS MEILEN

Beschwingter SVP-Wahlauftakt

Mehr als vierhundert Personen folgten dem Aufruf der SVP des Bezirks Meilen in den Stäfner Gemeindesaal Obstgarten, wo die Themen «Zürich, Schweiz, EU» als Herausforderungen im Wahljahr zur Sprache kamen.

svp. Davor und dazwischen heizte die temperamentvolle Superländlerkapelle Carlo Schmid dem Publikum mächtig ein. Nationalrat Roger Köppel, Chefredaktor und Verleger der «Weltwoche», erzählte von seiner Neugier im frühen Journalistenleben, warum es uns in der Schweiz besser geht als den Menschen anderswo. Er fand den Grund in den schweizerischen Staatssäulen Unabhängigkeit, direkte Demokratie, bewaffnete Neutralität und Föderalismus. Wir Bürger waren und sind die Chefs und dulden weder Monarchen noch Diktatoren, die uns in Konflikte und Kriege hineinziehen. Gerade unser Schulwesen sei wesentlich beteiligt, dass die Schweiz vom Armenhaus Europas zu einem der wohlhabendsten Länder aufgestiegen sei. Roger Köppel erzählte von einem Engländer, der im 19. Jahrhundert unser Land bereist hat und dem an den Schweizer Schulen die Vermittlung von «Gewerbefleiss» und von «Liebe zu Volk und Vaterland» imponierte.

Nationalrat Roger Köppel schwörte die Meilemer Bezirkspartei auf die kommenden Wahlen ein.

Rechte des Volkes verteidigen

Gerade davon ist leider an unseren Schulen so gut wie nichts übriggeblieben. Wer weiss noch etwas über die staatspolitische Bedeutung unseres weltweiten demokratischen Sonderfalls? Wer weiss noch, dass im Zweckartikel unserer Bundesverfassung steht, dass die Eidgenossenschaft die «Unabhängigkeit des Landes» und die «Rechte des Volkes» verteidigen muss?

Am allerwenigsten scheinen laut Köppel davon jene Bundesräte, Parlamentarier, Wirtschaftsbürokraten und Manager zu verstehen, welche die Schweiz jetzt zur Unterzeichnung des Institutionellen Rahmenabkommens drängen wollen. Denn wenn künftig Volk, Stände und Parlament als Gesetzgeber ausgeschaltet werden, wenn wir EU-Recht übernehmen und EU-Richter anerkennen sollen, wenn wir Strafmassnahmen zu gewärtigen haben und Tributzahlungen in vielfacher Milliardenhöhe leisten müssen – spätestens dann sei die Schweiz nicht mehr die Schweiz.

Im Anschluss stellten die Kantonsratskandidaten der SVP-Liste in engagierten Kurzvoten ihre politischen Ziele vor. Es waren dies die Bisherigen Hans-Peter Amrein (Küsnacht), Tumasch Mischol (Hombrechtikon), Christian Hurter (Uetikon am See), Domenik Ledergerber (Herrliberg) und Nina Fehr Düsel (Küsnacht) sowie die neu kandidierenden Roberto Martullo (Meilen), Bruno Meyer (Stäfa), André Hartmann (Zumikon), Raphael Bürgi (Uetikon am See) und Thomas Lüthi (Männedorf).

DIE SVP BEZIRK USTER STARTET IN DEN WAHLKAMPF

Velotour zum Wahlauftakt

Am vergangenen Samstag starteten die für die Kantonsratswahlen antretenden Kandidatinnen und Kandidaten der SVP Bezirk Uster ihren Wahlkampf mit einer Velotour um den Greifensee. Der dichte Nebel, der sich den ganzen Tag lang hartnäckig hielt, vermochte die gute Stimmung nicht zu trüben. Die ganze Gruppe präsentierte sich durchwegs als starkes und motiviertes Team.

svp. Beim ersten Halt in Mönchaltorf standen die Kantonsratskandidaten trotz eisigen Temperaturen den Passanten Red und Antwort. Nach einem warmen Getränk ging es mit dem Velo weiter nach Greifensee.

Dort wurde die Gruppe auch schon von der lokalen SVP-Sektion in der alten Milchhütte erwartet. Würstchen und Glühwein sowie angeregte Unterhaltungen mit den anwesenden Gästen sorgten für eine gelungene Mittagspause.

Anschliessend fuhren die Kandidaten weiter nach Schwerzenbach, wo ein weiterer herzlicher Empfang mit Kaffee und Kuchen, organisiert von den fleissigen Helfern der SVP Schwerzenbach, auf dem Programm stand.

Auch hier kam es zu einem angeregten Austausch mit den anwesenden Besuchern. Die letzte Etappe führte nach Fällanden. Im Gemeindehaussaal hatte die dortige SVP-Sektion alles vorbereitet, um den Gästen und Kandidaten einen angenehmen Rahmen zu bieten.

Nachdem sich alle Kantonsratsanwärter kurz vorgestellt hatten, war Zeit für persönliche Gespräche. Auch Regierungsratskandidatin Natalie Rickli war anwesend und beantwortete die vielen Fragen der politikinteressierten Leute.

Die Kantonsratskandidaten der SVP Bezirk Uster unterwegs um den Greifensee.

Neues Wahlkampfformat

Nach einer weiteren kulinarischen Stärkung machten sich die Kandidaten wieder mit ihren Velos auf den Heimweg und freuten sich über einen gelungenen und erfolgreichen Tag. Ein Wahlauftakt in einem solch speziellen Rahmen, den die zahlreichen Helferinnen und Helfer der verschiedenen SVP-Sektionen erst möglich machten, stiess aber auch bei der Bevölkerung auf grosse Zustimmung.

SVP BEZIRK DIETIKON

Wahlaktivitäten im Zentrum von Urdorf

svp. Es Vergangenen Samstag trafen sich die Kandidierenden aus dem Bezirk Dietikon im Zentrum Spitzacker in Urdorf zur zweiten Standaktion. Sie verteilten Biberli, Jutte-Säcke und Bildschirmputzer an die Bevölkerung. Diese nutzte die Chance, mit den Kandidierenden ins Gespräch zu kommen. war ein toller Anlass mit vielen guten Gesprächen. Die Urdorferinnen und Urdorfer sind ein aufgeschlossenes und interessiertes Volk.

Das Sünneli war eine tolle Attraktion und hat nicht nur die Kinder, sondern auch Jugendliche und Erwachsene angesprochen.

Die Kantonsratskandidaten der SVP Bezirk Dietikon trotzen der Kälte und machen Werbung für die Liste 1.

MARIO FEHR UND ERNST STOCKER
IM «KREUZVERHÖR»

Mittwoch, 13. Februar 2019, 19.30 h - 21.30 h
Parkhotel Wallberg Volketswil

Referenten:
Mario Fehr, Sicherheitsdirektor (SP)
Ernst Stocker, Finanzdirektor (SVP)

Moderation:
Stefan Feldmann (SP-Kantonsrat/Stadtrat)
Benjamin Fischer (SVP-Kantonsrat)

Im Anschluss wird ein Apéro offeriert.

EINE VERANSTALTUNG VON SP UND SVP

FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE SP

SCHWEIZER QUALITÄT SVP

LESERBRIEF

Nörgelei statt konstruktive Lösungen

In den letzten Tagen erschienen vermehrt Zeitungsartikel über ein erhöhtes Verkehrsaufkommen im Zürcher Oberland. Dabei werden u.a. die Illnauerstrasse in Weisslingen oder die Brauistrasse in Agasul als besonders dramatische Beispiele erwähnt. Da sich nun auch noch städtische, links-grüne Politiker/-innen dazu äussern und mit abenteuerlichen Lösungsansätzen erstaunen, ist eine Richtigstellung einiger Aussagen mehr als nur nötig.

Zweifelsohne ist die Route vom Tösstal über Weisslingen und Agasul ein beliebter Arbeitsweg Richtung Zürich. Das Verkehrsaufkommen ist dabei aber bei weitem nicht so gross, dass es weder in Weisslingen, noch in Illnau, geschweige denn in Agasul in Kürze zu einem Verkehrschaos kommen könnte. Selbstverständlich kann man an geeigneten Zeitpunkten Verkehrsmessungen durchführen und damit die wildesten Hochrechnungen anstellen, die einen baldigen Verkehrskollaps prophezeien. Wer sich die Lage aber direkt vor Ort anschaut, wird definitiv zu einem anderen Schluss kommen. Zu guter Letzt wird immer wieder der für das ortsansässige Gewerbe überlebenswichtige Lastwagen ins Spiel gebracht, obwohl dieser weniger als 5 Prozent des Verkehrsaufkommens ausmacht. Dies zeigt deutlich, dass es den erwähnten Politiker/-innen um rein ideologische Anliegen im aktuellen Wahlkampf geht und nicht um die Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung, geschweige denn darum, konkrete Lösungen zu erarbeiten.

Groteskerweise beschweren sich heute genau jene Nörgler am lautesten über den Mehrverkehr in den Dörfern, welche sich zuvor immer gegen die konstruktive Verkehrspolitik aus bürgerlicher Seite gewehrt haben.

So haben wir beispielsweise der links-grünen Seite zu verdanken, dass die Fertigstellung der Oberlandautobahn für Jahrzehnte verzögert wird. Wer den Ausbau der Nationalstrassen behindert und immer wieder Temporeduktionen fordert, muss sich nicht wundern, wenn der Transitverkehr immer mehr auf das Kantonsstrassennetz ausweicht.

Roman Nüssli, Gemeinderat, Agasul

VOLKSINITIATIVE VERLANGT DENKPAUSE BEI DER ELEKTRONISCHEN STIMMABGABE

E-Voting: Der Widerstand wird breiter

Ein überparteiliches Komitee will den Widerstand gegen das E-Voting kanalisieren. Politiker und Informatiker lancieren dazu eine Volksinitiative. Elektronische Stimmabgaben dürfen erst eingeführt werden, wenn sie hundertprozentig sicher sind.

Martin Bürlimann
a. Gemeinderat SVP
Zürich

Die Volksinitiative nennt sich «Für eine sichere und vertrauenswürdige Demokratie (E-Voting-Moratorium)». Sie will das E-Voting aufhalten, bis es sicher ist. Zu diesem Zweck wird der Artikel 39 der Verfassung geändert. Die Eidgenössische Initiative verlangt insbesondere, dass die Stimmberechtigten die Schritte der elektronischen Stimmabgabe überprüfen können. Weiter müssen die Stimmen so gezählt werden, wie sie gemäss dem Willen der Stimmberechtigten und von aussen unbeeinflusst abgegeben wurden.

Initiative in Vorbereitung

Die Teilergebnisse der elektronischen Stimmabgaben müssen klar ermittelt werden. Entscheidend ist auch, dass Nachzählungen möglich sind. Genau so wie in einem Stimmlokal muss es möglich sein, die elektronischen Stimmen zu ermitteln, zu zählen und im Bedarfsfall nochmals zu überprüfen. Die Initiative legt Wert drauf, dass diese Vorgänge – also die Stimmabgabe der Stimmbürger und die Zählung in den Wahlbüros – ohne besondere Sachkenntnis möglich sein müssen. Im 24-köpfigen Initiativkomitee sitzen Vertreterinnen und Vertreter der verschiedensten Parteien. Präsident des Initiativkomitees ist Franz Grüter, Nationalrat der SVP, Im Komitee vertreten sind auch Gregor Rutz und Claudio Zanetti von der SVP des Kantons Zürich. Das Komitee ist breit abgestützt durch alle Parteien und Meinungen, so sitzen auch Balthasar Glättli von den Grünen oder Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, im Komitee.

Unsichere Stimmabgabe

«Trotz Sicherheitslücken und Warnungen von Experten will der Bundesrat E-Voting flächendeckend einführen», schreibt das Komitee zur Begründung ihrer Initiative. Die elektronische Stimmabgabe sei eine Gefahr für die direkte Demokratie, heisst es weiter. Wenn das Vertrauen in das Abstimmungs- und Wahlsystem einmal gebrochen ist, gibt es kein Zurück. «Darum ziehen wir jetzt gemeinsam die Notbremse», heisst es. Die Grundsätze für sichere und vertrauenswürdige Abstimmungen müssen auch für das E-Voting gelten. Heute seien die Voraussetzungen aber nicht gegeben, sagte SVP-Nationalrat und IT-Unternehmer Franz Grüter kürzlich an einer Medienveranstaltung in Bern. Das hätten die jüngsten Ereignisse deutlich gemacht. So haben beispielsweise Hacker des Chaos Computer Clubs in Genf bewiesen, dass der Datenverkehr von Abstimmenden auf fremde Server umgeleitet werden kann. Aufgrund dieser Erkenntnisse stoppte der Kanton Genf das E-Voting. Das Risiko für Manipulationen von Wahlen und Abstimmungen sei nachweislich gross, sagte Grüter dazu.

Schweizweite Identifikation

Ein weitere Nebenfolge elektronischer Stimmabgabe wäre eine schweizweite Identifikation. Der Vorgang kann natürlich nur sicher sein, wenn sicher feststeht, wer eine Stimme abgegeben hat und wer nicht. Dazu braucht es eine Identifikation.

Der Bund treibt dazu ein weiteres zentralisierendes Projekt voran, ohne dass eine breite Diskussion dazu stattgefunden hätte: Die schweizweite Identifikationsnummer, auch bekannt als «Swiss-ID». Auch die AHV-Nummer wurde eidgenössisch zentralisiert. In der Abstimmung vor vielen Jahren hatte der Bundesrat versprochen, dass die neue AHV-Nummer lediglich eine Vereinfachung darstelle und nicht für weitere Zwecke gebraucht werden soll.

Nun wird der Einsatzbereich still und leise erweitert. Die Argumente lauten hier wie dort Vereinfachung und Kostenersparnis. In Tat und Wahrheit ist es ein Verlust an Föderalismus. Voraussetzung für das E-Voting ist eine Einheitsnummerierung aller Bürger; sogar aller Menschen in der Schweiz. Die Verfechter des alles lenkenden Zentralstaates wollen das E-Voting als Vehikel für ihre Einheitsdatenbanken benutzen.

Schleichende Entwicklung stoppen

Die vielen Versuche, die in E-Voting laufen, stellen eine schleichende Entwicklung dar. Am Ende wird die elektronische Stimmabgabe faktisch eingeführt sein, auch wenn nie eine breite Debatte über Risiken und Gefahren stattgefunden hat.

Daher will das Initiativkomitee Nägel mit Köpfen machen und ein Moratorium erzwingen.

Mit der Unterschriftensammlung will das Initiativkomitee starten, wenn mindestens 10 000 Bürgerinnen und Bürger zugesichert haben, je fünf Unterschriften zu sammeln.

UMSTRITTENE SCHULREFORM «LEHRPLAN 21»

Podiumsveranstaltung des Vereins «Starke Volksschule Zürich»

Die umstrittene Schulreform «Lehrplan 21» ist und bliebt ein Thema bei den Eltern. Viele Familien stehen vor unbeantworteten Fragen und benötigen Unterstützung. Dies zeigte sich an der Informationsveranstaltung «Selbsttätiges Lernen, Lernateliers: Erleichtert oder verleidet die Schule unseren Kindern das Lernen?» vom noch jungen Verein «Starke Volksschule Zürich» in der Stiftung Glockenhof, Zürich am 30. Januar 2019.

An einem Podiumsgespräch diskutierten unter der Leitung von Vereinspräsident Timotheus Bruderer der bekannte Psychologe und Pädagoge Prof. Dr. Allan Guggenbühl, der Kinderarzt Dr. med. Hannes Geiges und Nicole Fuchs, Elternvertreterin und Familiencoach.

Der vollbesetzte Saal mit über 80 Personen zeigte das wachsende Bedürfnis der Öffentlichkeit nach ungefilterter Information über die Reformumsetzung der Zürcher Volksschule. Timotheus Bruderer, Vater und Gemeinderat in Wetzikon, moderierte das hochkarätige Podium nach Kurzvorträgen der Fachleute. Der anschliessenden, lebhaften Diskussion wurde viel Zeit eingeräumt. Vorträge und Diskussion standen in einem auffallenden Gegensatz zu den beschönigenden Behauptungen von Schulbehörden, Bildungspolitikern und Medien. Referenten und viele Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass jeder in seinem eigenen Bereich etwas tun muss, aber dass die Bürger auch politisch am Ball bleiben müssen. An den Pädagogischen Hochschulen muss wieder das Unterrichten gelehrt werden. Dazu will der Verein «Starke Volksschule Zürich» mit regelmässigen Veranstaltungen und weiteren Aktionen beitragen.

Timotheus Bruderer,
Kantonsratskandidat, Wetzikon

SVP WINTERTHUR

«White Carnation Cocktail Party» ein voller Erfolg!

Über 150 Gäste fanden am Donnerstag den 31. Januar 2019 den Weg in die Lounge-Bar Plan B in Winterthur an die traditionelle «White Carnation Cocktail Party» der SVP Winterthur.

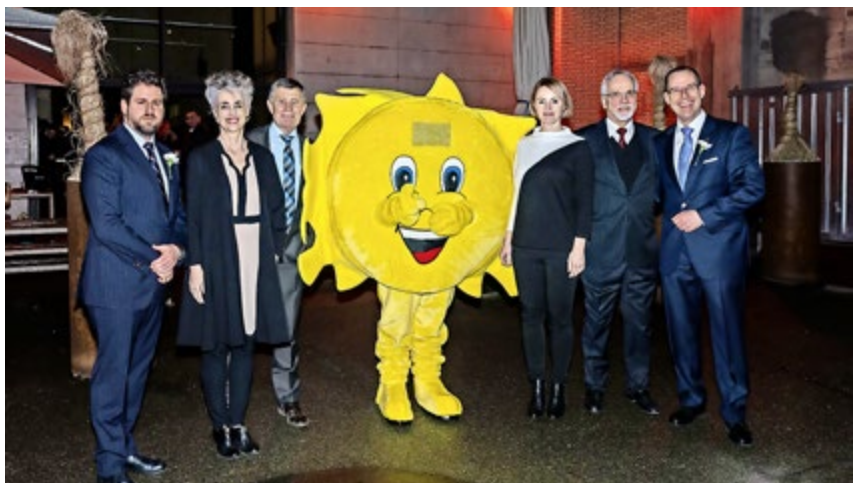
Die «White Carnation», also die weisse Nelke, steht als Symbol dieses Anlasses sowohl für unsere Parteifreundschaft und unsere Prinzipientreue aber auch für Widerstand, welchen wir in der Politik ab und an leben müssen.

Kantonsrat und Organisator Franco Albanese durfte eine beeindruckende Schar an Gästen und Ehrengästen begrüssen, darunter unsere Regierungsratskandidaten Natalie Rickli, unseren Regierungsrat Ernst Stocker, Regierungsrätin Carmen Walker Späh, die Nationalräte Jürg Stahl und Bruno Walliser, den Kantonalparteipräsidenten Koni Langhart, viele Kantonsräte aus SVP und FDP, diverse Stadt- und Gemeinderäte aus Winterthur, die Gemeinderatspräsidentin von Winterthur Anetta Steiner und natürlich diverse Kantonsratskandidatinnen und -kandidaten der SVP Stadt Winterthur und Winterthur-Land. Als besonderen Gast und Höhepunkt des Abend durften wir den Essayisten und Kolumnisten Andreas Thiel geniessen, welcher uns in seinem aussergewöhnlichen und spannenden Kurzvortrag über Sicherheit und Freiheit einige Denkanstösse mitgegeben hat. Der Abend bot Gelegenheit zuerst draussen bei Glühwein und Marroni bestehende Freundschaften zu pflegen, neue Kontakte zu knüpfen, interessante Gespräche zu führen und sich auszutauschen. Danach ging es im Inneren der Bar weiter, welche durch den grossen Besucherandrang doch sehr gut gefüllt war.

Andreas Thiel mit Organisator Franco Albanese.

Mehr als 150 Gäste nahmen am Anlass in Winterthur teil.

Dies tat der Stimmung jedoch keinen Abbruch, die Gäste genossen die Gespräch bei einem leckeren Cocktail. Dieser Anlass bleibt in bester Erinnerung und hat in Winterthur ein starkes Zeichen für unsere Regierungsratskandidaten und für unsere Liste 1 gesetzt. Ich danke Franco Albanese und der SVP Stadt Winterthur ganz herzlich für die Organisation.



Gruppenfoto mit dem SVP-Sünneli: Franco Albanese, Carmen Walker Späh, Ernst Stocker, Natalie Rickli, René Isler und Markus Reinhard.

Markus Reinhard,
Gemeinderat SVP Winterthur,
Kantonsratskandidat

STÄDTISCHE ALTERSSTRATEGIE

Freiheit und Sicherheit für unsere ältere Generation

Die SVP steht für Freiheit und Sicherheit. Was benötigen ältere und alte Menschen in der Stadt Zürich? Welche Altersstrategie muss verfolgt werden? Würdig im Alter leben zu können, verlangt zwei Grundbedingungen, nämlich «Freiheit» und «Sicherheit».

Roger Bartholdi
Gemeinderat
Fraktionschef SVP
Zürich

Freiheit bedeutet im Alter, seine Wohnsituation selbst bestimmen zu können. Ob Verbleib in der eigenen Wohnung oder Haus, mit allenfalls einer Nutzung von Spitex oder anderen Dienstleistungen, Umzug in eine Alterswohnung oder in eine Pflegeeinrichtung, dieser Entscheid soll nach eigner Präferenz und wirtschaftlicher Situation frei gefasst werden können. Voraussetzung dafür ist, dass genügend Kapazitäten dieser verschiedenen Wohnformen zur Verfügung stehen. Der Wunsch, möglichst lange in der eigenen Wohnung verbleiben zu können, ist zu unterstützen, denn damit können auch Kosten reduziert werden. Zur Freiheit der älteren Menschen gehört aber auch, dass sie ein Auto besitzen dürfen, auch wenn sie in einer Wohnsiedlung der Stadt Zürich leben. Autoarme oder gar autofreie städtische Siedlungen beschneiden die Mobilität der älteren Menschen. Die heutige ältere Generation ist oft sehr mobil und rüstig und hat ein Anrecht auf Mobilität.

Mehr Sicherheit

Sicherheit ist zentral für die älteren Menschen. Diebstähle, Einbrüche, Gewalt u.a. durch vermummte Chaoten, wie schwarzer Block oder Hooligans, oder Enkeltrickbetrüger verunsichern besonders alte Menschen. Darum ist eine konsequente Bekämpfung der Kriminalität und Gewalt gute Alterspolitik. Ältere Personen sollen sich jederzeit und überall auf die Strasse wagen können.

Dazu gehört auch, dass Trottoirs und Fusswege gut beleuchtet und im Winter schnee- und eisfrei sind. Rasende und rücksichtslose Velofahrende verunsichern alte Menschen, verwickeln diese nicht selten in Unfälle. Hier gilt es, den Alten ihre Sicherheit zurück zu geben.

Klimaanlagen für heisse Tage

In den Pflege- und Alterszentren übergeben die Bewohnenden ihr Wohlergehen in die Hände der Stadt. Hier hat die Sicherheit, dass verantwortungsvoll für sie gesorgt wird, oberste Priorität. Es ist darum völlig unverständlich, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der städtischen Pflege- und Alterszentren in grossen Hitzeperioden gesundheitlichen Risiken ausgesetzt werden. Die notwendige Kühlung durch Klimaanlagen oder mobile Klimageräte muss sichergestellt sein.

Im Sommer 2018 hat die Anzahl Todesfälle in den städtischen Einrichtungen markant zugenommen. Dies ist ein menschenunwürdiger, unhaltbarer Zustand, der durch nichts zu rechtfertigen ist - auch nicht durch einen Nachhaltigkeits-Paragraphen in der Gemeindeordnung. Hier muss dringend die Sicherheit für die alten Menschen wiederhergestellt werden. Dafür kämpft die SVP.

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 10. Februar 2019

Vorlagen Stadt Zürich

1. Neubau Alterszentrum und Wohnsiedlung Eichrain, Quartier Seebach, Objektkredit von 131,91 Millionen Franken	NEIN
2. Energieverbund Altstetten und Höngg-West, Objektkredit von 128,7 Millionen Franken	NEIN

DREISTE VERKEHRSÜBERWACHUNGEN IN DER STADT ZÜRICH

Recht haben oder Recht bekommen

Ob jemand eine gesetzliche Übertretung tatsächlich begangen hat, oder zu Unrecht beschuldigt wird, sind zwei verschiedene Paar Stiefel. Gerade im motorisierten Strassenverkehr ist man sich jedoch als Melkkuh der Nation mittlerweile gewohnt, zu schweigen und zu zahlen. Der Paradigmenwechsel, wonach man als Beschuldigter seine Unschuld beweisen muss, ist allgegenwärtig.

Derek Richter
Alt Gemeinderat SVP
Zürich

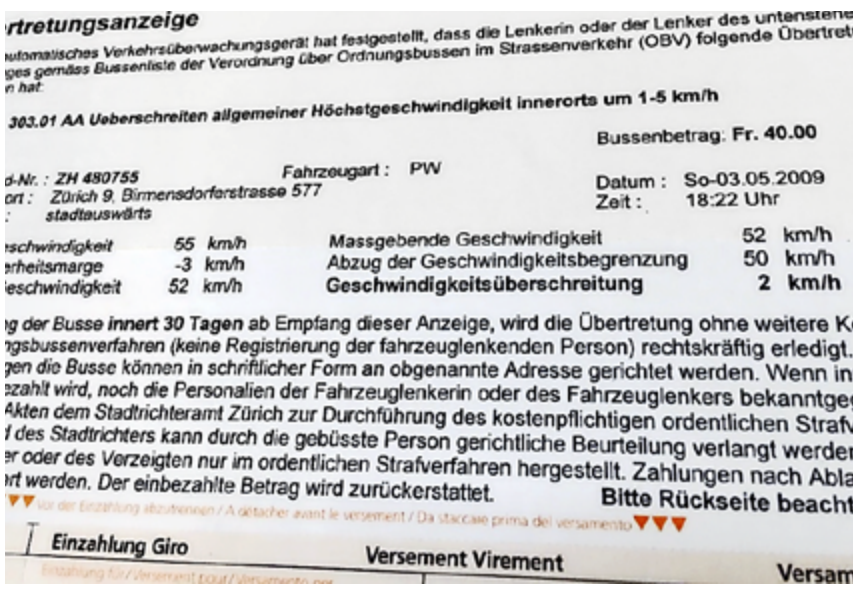
Besonders dreist verhält sich natürlich die linke Stadt Zürich, welche rund 100 automatische Verkehrs Überwachungsanlagen betreibt. Dies aus Sicherheits- und Lärmgründen, nicht um das Budget zu entlasten, gemäss eigenen Angaben.

Aus Sicht der Verkehrsteilnehmer soll der Nachweis einer Übertretung also ein Stück Papier sein, an welchem Ort, Datum und Zeit sowie die Art einer allfälligen Übertretung vermerkt sind. Eine reine Behauptung ohne Beweis, die sehr oft akzeptiert wird, um nicht ein kostspieliges Verfahren anzustossen. Eine ungeheure Arroganz von Polizei und Justiz, auch diese Damen und Herren arbeiten weder fehlerfrei, noch stehen sie über dem Gesetz.

Die Meldungen über falsche Beschuldigungen sprechen eine deutliche Sprache. Nun darf ich den geneigten Leserinnen und Lesern mit grossem Stolz mitteilen, dass diese Praxis bereits im Sommer 2019 ein Ende finden wird und die Polizei in der Stadt Zürich (wenn nicht sogar schweizweit) wieder in die Beweispflicht genommen wird!

Mit Hilfe des Datenschutzbeauftragten ist es mir gelungen, dass neu sämtliche Aufnahmen, welche von automatischen Überwachungsanlagen aufgenommen werden, auch den Beschuldigten zur Verfügung gestellt werden müssen.

Es wird also künftig auch für den einzelnen motorisierten Verkehrsteilnehmer nachvollziehbar, ob eine Übertretung tatsächlich auch von ihm begangen worden ist, oder ob wieder einmal nur das Papier geduldig war.



rtretungsanzeige
utomatisches Verkehrsüberwachungsgerät hat festgestellt, dass die Lenkerin oder der Lenker des untenstehe
ges gemäss Bussenliste der Verordnung über Ordnungsbussen im Strassenverkehr (OBV) folgende Übertret
n hat:
303.01 AA Ueberschreiten allgemeiner Höchstgeschwindigkeit innerorts um 1-5 km/h
Bussenbetrag: Fr. 40.00
d-Nr.: ZH 480755 Fahrzeugart: PW
ort: Zürich 9, Birmensdorferstrasse 577
: stadtauswärts
Datum: So-03.05.2009
Zeit: 18:22 Uhr
schwindigkeit 55 km/h
erheitsmarge -3 km/h
eschwindigkeit 52 km/h
Massgebende Geschwindigkeit 52 km/h
Abzug der Geschwindigkeitsbegrenzung 50 km/h
Geschwindigkeitsüberschreitung 2 km/h
g der Busse innert 30 Tagen ab Empfang dieser Anzeige, wird die Übertretung ohne weitere K
ngsbussenverfahren (keine Registrierung der fahrzeuglenkenden Person) rechtskräftig erledigt.
gen die Busse können in schriftlicher Form an obgenannte Adresse gerichtet werden. Wenn in
ezahlt wird, noch die Personalien der Fahrzeuglenkerin oder des Fahrzeuglenkers bekanntge
Akten dem Stadtrichteramt Zürich zur Durchführung des kostenpflichtigen ordentlichen Strafv
f des Stadtrichters kann durch die gebüsste Person gerichtliche Beurteilung verlangt werde
er oder des Verzeigten nur im ordentlichen Strafverfahren hergestellt. Zahlungen nach Abla
rt werden. Der einbezahlte Betrag wird zurückerstattet.
Bitte Rückseite beacht
Einzahlung Giro
Versement Virement
Versam

Künftig soll die Beweispflicht bei Übertretungsanzeigen wieder bei der anklagenden Behörde liegen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Mehr Raum für Schulklassen

Der Schulraum in der Stadt Zürich und besonders im Schulkreis Letzi ist knapp und die Planung diesbezüglich ist mangelhaft. Soweit sind sich die Parteien im Zürcher Gemeinderat einig. Bezüglich der Ursachen und der notwendigen Massnahmen gehen die Meinungen weit auseinander.

Dubravko Sinovcic
Gemeinderat SVP
Zürich 1&2

Zweckmässige und günstige Erweiterung des Schulraumes scheitern häufig daran, dass die Schulhäuser der Stadt inventarisiert sind und ein Abbruch mit Neubau oder Erweiterungen nicht möglich sind. SVP-Gemeinderat und Fraktionspräsident Roger Bartholdi hat hier einen Lösungsvorschlag für das Schulhaus Utogrund erarbeitet und eine Motion eingereicht. Im veralteten Utogrund werden zurzeit nur 4 Klassen unterrichtet.

Altes Schulhaus abreissen?

So soll das alte Schulhaus, welches nicht im Inventar steht, abgerissen werden und ein Neubau erstellt werden, der den aktuellen Bedürfnissen entspricht, der aber auch im Falle einer weiteren Zunahme der Schülerzahlen erweiterbar wäre. Der Standort ist zentral und eignet sich wunderbar für eine Erweiterung. Auch ist das bald zu überbauende Kochareal in der Nähe und wird für volle Klassenzimmer sorgen.

Ein weiterer Vorteil ist, dass dadurch im Schulkreis Letzi die bestehenden Schulpavillons, also Provisorien, abgebaut werden könnten.

Die SP forderte mit fadenscheinigen Argumenten die Umwandlung in ein Postulat, sollte die SVP der Umwandlung in ein Postulat nicht zustimmen, dann würde sich die SP-Fraktion der Stimme enthalten. Ein Schelm wer hier denkt, dass die Genössen sich nicht überwinden konnten antragslos einem SVP-Vorstoss zuzustimmen. Der Umwandlungsantrag wurde von Roger Bartholdi abgelehnt und die Motion dem Stadtrat mit grossem Mehr und trotz der Enthaltung der SP überwiesen.

Leider ist eine nachhaltige Lösung des Schulraumproblems in der Stadt Zürich nicht in der Kompetenz des Gemeinderates.

Würde die Masseneinwanderungsinitiative umgesetzt und die Zuwanderung gebremst, dann müsste auch die Infrastruktur in der Stadt Zürich nicht ins unermessliche ausgebaut werden. Viele andere Probleme wie hohe Mietzinsen und die Kriminalität würde gleichzeitig gelöst.

Rad-Strassen-WM soll nach Zürich kommen

Die Vergabe der Rad-WM 2024 steht an und die Stadt Zürich soll sich als Durchführungsort bewerben. Neben dem Werbeeffekt für Zürich sind auch Einnahmen für das lokale Gewerbe zu erwarten. Auch für die Bevölkerung bildet die Durchführung einer solchen Austragung ein grosses Spektakel. Speziell Zürich hat mit der offenen Rennbahn eine grosse Tradition im Bereich des Radsportes.

Die Kosten der Durchführung, welche der Stadt entstehen sind überschaubar und der Nutzen überwiegt bei Weitem. Der Gemeinderat stimmte mit Unterstützung der SVP-Fraktion einem Kredit zur Bewerbung und Durchführung der Strassen-WM 2024 zu. Mit Spannung wird nur der Vergabeentscheid erwartet.

Die SVP der Stadt Zürich lädt ein zum

Sunntigs-Brunch

Mit:

Natalie **Rickli** | Ernst **Stocker** bisher

und unseren Kantonsratkandidatinnen und -kandidaten

Wir kämpfen für ...

- Eine freie und weltoffene Schweiz
- Bessere Chancen für Ü-50-Jährige
- Mehr Geld zum Leben für Familien und Gewerbe
- Mehr Sicherheit im Alter – AHV Renten steuerfrei
- Mehr Sicherheit für unsere Frauen und Töchter – Schluss mit Gewalt und Begrabschen im Ausgang

Sagen Sie uns, wo der Schuh drückt!

Durch die Veranstaltung führt:

Mauro Tuena
Nationalrat,
Präsident SVP
der Stadt Zürich

Wann: **Sonntag 10. Februar 2019**
10:00 bis 13:00 Uhr

Wo: **Hotel Krone – Unterstrass**
Schaffhauserstrasse 1, 8006 Zürich (Stadtkreis 6)
(mit Tram Nr. 11 oder 14 bis Haltestelle Kronerstrasse)

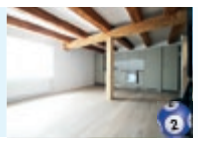
Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme

SVP – Sicherheit und Freiheit | www.svp-stadt-zuerich.ch | PC 80-21911-2

SVP Liste 1

Ihr Immobilientraum?

5 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhaus
8127 Forch-Küsnacht, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Miete 4'800.- p.Mt., Kauf 2'395'200.- Bezug nach Vereinb.
www.ufdeforch.ch



3 Zi. und 4 Zimmer Mietwohnung
8708 Männedorf, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Miete ab 2'500.- p/Mt. exkl NK, Bezug nach Vereinb.
www.loft-neugut.ch

4 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8413 Neftenbach, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soonbylepa.ch

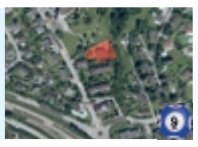
4 ½ und 5 ½ Zi. Wohnungen, 2 DEFH
8332 Rumlikon, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis ab 880'000.-, Bezug ab Frühling 2020
www.grueens-doerfli.ch

5 ½ Zi. Maisonette-Eigentumswohnungen
8135 Langnau a. Albis, M. Knecht Tel. 044 804 34 34
Preis 1'765'000.-, Bezug nach Vereinbarung
www.bellesterrasses.ch

4 ½ Zi. Garten-Eigentumswohnung
8127 Forch-Maur, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Sorry, es sind leider alle Einheiten verkauft !
Miete 3'300.- p.Mt., Kauf 1'278'000.- Bezug nach Vereinb.
www.amena-forch.ch

4 ½ Zi. Atriumhäuser und 3 ½ - 5 ½ Zi. Wohnungen
8302 Kloten, Kevin Braunwalder Tel. 043 255 88 88
Preis auf Anfrage, Bezug ab Winter 2020
www.panoramaweg-kloten.ch

4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8484 Weisslingen, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.paradislig.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8127 Aesch-Maur, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch

5 ½ Zi. Einfamilienhäuser
8458 Dorf, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soonbylepa.ch

3 ½ und 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8615 Wermatswil, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.leuberg.ch

4 ½ Zi. Attika-Terrassenhaus
8309 Birchwil, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis 2'040'000.-, Bezug ab Winter 2019/20
www.mira-birchwil.ch

4 ½ - 6 ½ Zi. Doppel-Reihen-Einfamilienhäuser
8414 Buch am Irchel, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 895'000.-, Bezug ab Frühling 2020
www.wilerbuch.ch

5 ½ Zi. Attika-Wohnung
8610 Uster, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Sorry, es sind leider alle Einheiten vermietet !
Miete 4'350.- p.Mt., Kauf 1'986'000.- Bezug nach Vereinb.
www.schwizerstrasse35.ch

4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen, Eckhaus
8118 Pfaffhausen, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis ab 1'140'000.-, Bezug ab Sommer 2020
www.luckenholz.ch

3 ½ Zi. Dach-Eigentumswohnung
8184 Bachenbülach, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Sorry, es sind leider alle Einheiten vermietet !
Miete 3'300.- p.Mt., Kauf 1'145'000.- Bezug nach Vereinb.
www.ridere-bachenbuelach.ch

3 ½ u. 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8953 Dietikon, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.duo-dietikon.ch

4 ½ Zi. Eigentumswohnung
8143 Stallikon, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis 950'000.-, Bezug nach Vereinbarung
www.zuerikon.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8404 Stadel/Winterthur, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch

4 ½ - 6 ½ Terrassenwohnungen
8103 Unterengstringen, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.sparrenberg.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8493 Saland, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis ab 495'000.-, Bezug ab Sommer 2020
www.ammuelibach.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8545 Rickenbach, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch

4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8152 Glattbrugg, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.glattwies.ch

Haben Sie ein Grundstück auf dem Immobilienträume verwirklicht werden können? Melden Sie sich bei unserem Chef ulrich.koller@lerchpartner.ch oder Tel. 052 235 80 00.

Lerch&Partner
GENERALUNTERNEHMUNG AG
LerchPartner.

YouTube

Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00

Wir nehmen an den folgenden Immobilienmessen teil:

SVIT Immobilien-Messe in Zürich
29. - 31. März 2019, Lake Side Zürich

Eigenheimmesse Schweiz in Zürich
5. - 8. Sept. 2019, Messe Zürich, Halle 6

Stand Januar 2019

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei.

Telefon 044 822 26 11

Orlando **Wyss** www.orlando-wyss.ch

wieder in den Kantonsrat

- Gemeinderat Dübendorf
- Fraktionspräsident SVP Dübendorf
- Vorstand SVP Kanton Zürich
- Präsident SVP Bezirk Uster

Und in den Regierungsrat: **Natalie Rickli** und **Ernst Stocker**

SVP Liste 1

Unabhängig. Beständig. Zuverlässig.

Roberto **Martullo**

Der Kantonsratskandidat

2x auf Ihre Liste

Und in den Regierungsrat: **Natalie Rickli** und **Ernst Stocker**

SVP Liste 1

Altberg-Gipfeltreffen

Sonntag 10. Februar 13.30-16.00 Uhr
vor der Waldschenke Altberg

Mit Regierungsratskandidatin **Natalie Rickli** und Regierungsrat **Ernst Stocker** sowie den Kantonsratskandidaten aus den Bezirken Dietikon und Dielsdorf.

Anschliessend Information zu der künftigen **Wasserversorgung des Furttals über den Altberg** aus dem Limmattal.

Treffpunkt:

aus dem Limmattal:
11.30 Uhr Apéro beim Bauernhof von Hanspeter Haug, Weiningen
12.30 Abmarsch mit **Ernst Stocker**

aus dem Furttal:
12.30 Uhr beim Anna Stüssi Haus, Dänikon mit **Natalie Rickli**

Nutzen sie die Gelegenheit um die SVP Kandidatinnen und Kandidaten kennen zu lernen. **Für Wurst und Getränke ist gesorgt!**

Eine Veranstaltung der
SVP Bezirk Dietikon und Dielsdorf

Und in den Regierungsrat: **Natalie Rickli** und **Ernst Stocker**

SVP Liste 1

Kantons- und Regierungsratswahl 2019

Samstag 9. Februar 2019, 10.00 – 15.00 Uhr
Wisshusplatz Richterswil

Der Gemeindeverein freut sich, Ihnen die bürgerlichen Kandidaten vorstellen zu dürfen.

Mit Festzelt: Ghackets mit Hörnli, Restaurantionsbetrieb.
Wir freuen uns auf Ihren Besuch auf dem Wisshusplatz in Richterswil.

Nachmittags mit Ernst Stocker

Die Wahl für die Amtsdauer 2019 bis 2023 wird am **24. März 2019** durchgeführt.

Gemeindeverein Richterswil
Forum für bürgerliche Politik

SVP bi de Lüt

Teure Sozialindustrie: Gemeinden unter Druck!

Neues Gemeindegesetz: Was hat sich geändert? Wie kann der Bürger Einfluss nehmen?

Mittwoch 13. Februar
17:30 - 18:30 Uhr
Mediterraneo-Bahnhof
Oberglatt

spannende Referate bei offeriertem Feierabendbier!

Stefan Schmid
Kantonsrat
Gemeindepräsident Niederglatt

Barbara Steinemann
Nationalrätin
Sozialbehörde Regensdorf

2x auf die Liste1

in den Regierungsrat:
Natalie Rickli und Ernst Stocker

SVP Liste 1

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat/Fraktion
Montag, 11. Februar 2019, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

Montag, 25. Februar 2019, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach/Wallisellen
Dienstag, 12. Februar 2019, 19.30 Uhr, Kafi im Tänn, Wiesgasse 6, Wallisellen, Diskussion zu Fragen der andauernden Kostensteigerungen in der Sozialhilfe und Sozialindustrie mit Nationalrätin Barbara Steinemann und Kantonsratskandidatin Saskia Meyer. Anschliessend Apéro.

Bezirk Dielsdorf/Oberglatt
Mittwoch, 13. Februar 2019, 17.30–18.30 Uhr, Mediterraneo-Bahnhof, Oberglatt, Referate zu den Themen «Teure Sozialindustrie» und «Neues Gemeindegesetz» von Nationalrätin Barbara Steinemann und Kantonsrat Stefan Schmid. Offeriertes Feierabendbier.

Stadt und Bezirk Winterthur
Sonntag, 3. März 2019, 10.00–15.30 Uhr, auf dem Betriebsareal (Treibhaus) der Christian Achermann AG, Rümikerstrasse 37, Winterthur-Hegi, Jazzmatinée mit der Swiss Ramblers Dixieland JAZZBAND. Grussbotschaften u.a. von Kantonsrat Konrad Langhart, Präsident SVP des Kantons Zürich. Eintritt frei/Festwirtschaft.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 15. Februar 2019, 20.00 Uhr, Panoramasaal im Zentrum Linde, Wauwil LU, Wahlarena der SVP Bezirk Willisau mit Referaten von Regierungsrat Paul Winkler (SVP/LU) und Nationalrätin Barbara Steinemann (SVP/ZH).

Donnerstag, 28. März 2019, 18.00–20.00 Uhr, Kultur & Kongresshaus Aarau, Schlossplatz 9, Aarau, Referat und Podiumsdiskussion «Direkte Demokratie und Europapolitik» u. a. mit Nationalrätin Barbara Steinemann.

Freitag, 20. September 2019, bis Sonntag, 22. September 2019, Hombrechtikon, SVP-Schiessen 2019 (Vorschiessen am Freitag, 13. September 2019). Weitere Informationen folgen.

MOTORRAD-CLUB SVP

Swissmoto
Freitag, 22. Februar 2019, ab 19.30 Uhr im Restaurant Kunsteisbahn, Siewerdtstrasse 80, Zürich.

VERANSTALTUNGEN ZU DEN KANTONS- UND REGIERUNGSRATSWAHLEN 2019

Bezirk Andelfingen
Dienstag, 12. Februar 2019, 19.30–21.30 Uhr, Saal Restaurant Schwert, Oberstammheim, Podium mit Regierungsratskandidatin Natalie Rickli (SVP) und Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP). Anschliessend Apéro mit weiteren Kantonsratskandidaten.

Bezirk Bülach/Bülach
Dienstag, 26. Februar 2019, 08.00–17.00 Uhr, Altstadt, Bülach, Markt.

Mittwoch, 27. Februar 2019, 19.00–21.00 Uhr, Restaurant Kaserne, Bülach, Podium.

Bezirk Bülach/Höri
Samstag, 23. Februar 2019, 10.00–14.00 Uhr, Landi, Höri, Standaktion mit Kantonsratskandidatin Romaine Rogenmoser.

Bezirk Dietikon/Aesch
Samstag, 23. Februar 2019, 09.00–12.00 Uhr, Nähe Volg, Aesch, Standaktion.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf
Samstag, 9. Februar 2019, 09.00–12.00 Uhr, Wüeriplatz, Birmensdorf, Standaktion.

Bezirk Dietikon/Dietikon
Mittwoch, 27. Februar 2019, 19.00–22.00 Uhr, Sommerau, Dietikon, Podium u. a. mit Regierungsrat Ernst Stocker.

Samstag, 9. März 2019, 08.00–12.30 Uhr, Kirchplatz, Dietikon, Roadshow mit Regierungsratskandidatin Natalie Rickli und Regierungsrat Ernst Stocker.

Bezirk Dietikon/Geroldswil
Samstag, 16. März 2019, 09.00–12.00 Uhr, Dorfplatz, Geroldswil, Standaktion.

Bezirk Dietikon/Oberengstringen
Samstag, 2. März 2019, 09.00–12.00 Uhr, Zentrum, Oberengstringen, Standaktion.

Bezirk Dietikon/Schlieren
Samstag, 16. Februar 2019, 10.00–12.00 Uhr, Zentrum Schlieren, Standaktion mit Regierungsratskandidatin Natalie Rickli und Regierungsrat Ernst Stocker.

Bezirk Dietikon/Unterengstringen
Sonntag, 24. Februar 2019, 13.30–16.00 Uhr, Gemeindesaal, Büelstrasse 15, Unterengstringen, Wahlapéro mit Regierungsratskandidatin Natalie Rickli, Regierungsrat Ernst Stocker und den Kantonsratskandidaten der SVP Bezirk Dietikon.

Bezirk Dietikon/Urdorf
Samstag, 2. März 2019, 09.00–12.00 Uhr, Spar, Urdorf, Standaktion.

Bezirk Hinwil
Donnerstag, 7. März 2019, 19.30 Uhr, im Saal Restaurant Krone, Bahnhofstrasse 163, Wetzikon, Podium mit den RegierungsratskandidatInnen.

Bezirk Hinwil/Gossau
Samstag, 9. März 2019, ab 11.00 Uhr, Aabachhof der Familie Wäfler, Weiler Tägernau, Gossau, Jungbaumschnitt 2019 mit Regierungsratskandidatin Natalie Rickli, Regierungsrat Ernst Stocker und den Kantonsräten Elisabeth Pflugshaupt und Daniel Wäfler.

Bezirk Meilen
Sonntag, 3. März 2019, 10.00–13.00 Uhr, Vogtei Herrliberg, Schulhausstrasse 49, Herrliberg, Jazz-Bruch mit Rebecca & The Sophisticats, Regierungsratskandidatin Natalie Rickli, Regierungsrat Ernst Stocker und den KantonsratskandidatInnen der SVP Bezirk Meilen. Eintritt frei.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480
Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 48.–; für Nichtmitglieder Fr. 58.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Roland Scheck (rs.), Telefon 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, Fax 044 217 77 65, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** Zürcher Bauernverband, Marco Calzimiglia, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, inserate@zuercher-bote.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Bezirk Pfäffikon/Lindau
Samstag, 23. Februar 2019, 11.00 Uhr, Schützenhaus Lindengüetli, Brüttenerstrasse 2, Lindau, Wahlveranstaltung zum Thema «Bienen und Pestizide». Vorstellung der Kantonsratskandidaten und Referate. Ab 12.30 Uhr Festwirtschaft und Besichtigung des Lehrbienenstandes am Strickhof.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Donnerstag, 28. Februar 2019, 19.30 Uhr, in der Firma PANOLIN AG, Bläsimühle 2, Madetswil, Vorstellung der Kantonsratskandidaten. Anschliessend Apéro.

Bezirk Winterthur/Turbenthal
Freitag, 8. Februar 2019, ab 18.00 Uhr, Armbrustschützenhaus Turbenthal, SVP-Metzgete mit Nationalrat Alfred Heer und Regierungsrat Ernst Stocker. Gerne bedienen Sie unsere Kantonsratskandidaten des Bezirks Winterthur-Land. Reservation möglich unter 052 385 37 19.

Bezirke Dielsdorf und Dietikon
Sonntag, 10. Februar 2019, Treffpunkt: 11.30 Uhr beim Bauernhof von Hanspeter Haug, Weiningen, oder 12.30 Uhr beim Anna-Stüss-Haus, Dänikon. 12.30 Uhr Abmarsch. 13.30 bis 16.00 Uhr Altberg-Gipfeltreffen vor der Waldschenke Altberg mit Regierungsratskandidatin Natalie Rickli, Regierungsrat Ernst Stocker und den Kantonsratskandidaten. Anschliessend Information zu der künftigen Wasserversorgung des Furttals über den Altberg aus dem Limmattal.

Stadt Zürich
Sonntag, 10. Februar 2019, 10.00–13.00 Uhr, Hotel Krone, Schaffhauserstrasse 1, Zürich, Sunntigs-Brunch mit Regierungsratskandidatin Natalie Rickli, Regierungsrat Ernst Stocker, Nationalrat Mauro Tuena und den Kantonsratskandidaten.

Stadt Zürich/Kreis 3
Samstag, 16. Februar 2019, 09.30–11.30 Uhr, Goldbrunnenplatz, Zürich, Standaktion.

Samstag, 2. März 2019, 09.30–11.30 Uhr, Migros Wiedikon, Zürich, Standaktion.

Stadt Zürich/Kreis 7 und 8
Dienstag, 5. März 2019, 19.00 Uhr (Türöffnung 18.30 Uhr), Konferenzraum Privatklinik Bethanien, Toblerstrasse 51, Zürich, Podium zu den Wahlen u. a. mit Regierungsratskandidatin Natalie Rickli und den Kantonsratskandidaten Valentin Landmann und Urs Fehr. Anschliessend Apéro.

Stadt Zürich/Kreis 9
Samstag, 9. Februar 2019, 09.00–12.00 Uhr, Albisriederstrasse 330, Zürich, Standaktion.
Samstag, 23. Februar 2019, 09.00–12.00 Uhr, Lindenplatz, Zürich, Standaktion.
Samstag, 9. März 2019, 09.00–12.00 Uhr, Lindenplatz, Zürich, Standaktion.
Samstag, 23. März 2019, 09.00–12.00 Uhr, Gutstrasse vor dem Coop, Zürich, Standaktion.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 9. Februar 2019, 10.30–12.00 Uhr, Coop Riethof, Zürich, Standaktion zu den Kantonsratswahlen.

Samstag, 23. Februar 2019, 10.30–12.00 Uhr, Kappenbühl, Zürich, Standaktion zu den Kantonsratswahlen.

Samstag, 9. März 2019, 10.30–12.00 Uhr, Kappenbühl, Zürich, Standaktion zu den Kantonsratswahlen.

Stadt Zürich/ Kreis 11
Samstag, 9. Februar 2019, 09.00–12.00 Uhr, Zehntenhausplatz, Zürich, Standaktion.
Samstag, 16. Februar 2019, 09.00–12.00 Uhr, Maria-Lourdes-Kirche, Zürich, Standaktion.

Samstag, 23. Februar 2019, 09.00–12.00 Uhr, Marktplatz, Zürich-Oerlikon, Standaktion mit Regierungsratskandidatin Natalie Rickli, Regierungsrat Ernst Stocker und Kantonsratskandidaten.

Samstag, 2. März 2019, 09.00–12.00 Uhr, Maria-Lourdes Kirche, Zürich, Standaktion.

Stadt Zürich/ Kreis 12
Samstag, 9. Februar 2019, 09.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz, Zürich, Standaktion.
Samstag, 16. Februar 2019, 09.00 Uhr, Schwamendingerplatz, Zürich, Standaktion.
Samstag, 23. Februar 2019, 09.00 Uhr, Schwamendingerplatz, Zürich, Standaktion.

Kostenspirale im Sozialwesen

Dienstag 12. Februar 2019, 19.30 Uhr

Kafi im Tänn, Wiesgasse 6, Wallisellen

Barbara Steinemann

Nationalrätin SVP
Mitglied Sozialbehörde Regensdorf

Saskia Meyer

Gemeinderätin
Kantonsratskandidatin SVP, Freienstein-Teufen

Diskussion zu Fragen der andauernden Kostensteigerungen in der Sozialhilfe und Sozialindustrie:

- Wer bekommt wie viel?
- Welche Personengruppe beziehen immer mehr?
- Für welche Formen der Sozialarbeit zahlen die Gemeinden immer mehr?

Anschliessend offerierter Apéro

Und in den Regierungsrat:
Natalie Rickli und Ernst Stocker

SVP Liste 1